

Für die Presse



Gemeinsame Erklärung zum Inkrafttreten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffen

von

*Bischof Dr. Heiner Wilmer (Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax) und
Bischof Dr. Peter Kohlgraf (Präsident der Deutschen Sektion Pax Christi)*

Berlin, den 20. Januar 2021. Der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ und der Präsident der Deutschen Sektion Pax Christi, Bischof Dr. Peter Kohlgraf äußern sich aus Anlass des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags. Die Erklärung im Wortlaut:

„Am 22. Januar 2021 tritt der Vertrag der UNO über das Verbot von Kernwaffen in Kraft. Als Bischöfe, die sich in unterschiedlichen Positionen in besonderer Weise dem Einsatz für Frieden in der Welt verpflichtet sehen, begrüßen wir diese Entwicklung ausdrücklich.

All jene Staaten, die den Vertrag nicht nur unterzeichnet, sondern auch ratifiziert haben, geben uns ein leuchtendes Beispiel dafür, dass wir uns niemals mit vermeintlich unverrückbaren Gegebenheiten abfinden sollten. Die sogenannte nukleare Abschreckung, die seit über 60 Jahren eine vermeintliche Sicherheit suggeriert, baut auf dem unvorstellbaren Vernichtungspotential von Nuklearwaffen auf. Wie wir schon oft betont haben, stellt zwar jede militärische Konflikteskalation in gewisser Weise eine Niederlage des menschlichen Miteinanders dar, doch kein Konfliktgeschehen kann in unseren Augen jemals den Einsatz von Kernwaffen legitimieren. Ausdrücklich unterstreichen wir daher die Botschaft von Papst Franziskus, dass nicht nur der Einsatz, sondern bereits der Besitz solcher Waffensysteme unethisch ist.

Wir rufen daher alle Staaten, die den Vertrag noch nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, insbesondere die Atommächte dazu auf, dem Vertrag beizutreten und die Doktrin der nuklearen Abschreckung zu überdenken.

Der gerechte Friede erwächst nicht aus der Furcht vor der totalen Zerstörung, sondern aus den Samen des Dialogs und des Miteinanders.“

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 28878 157
Telefax: +49 (30) 243428 288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Markus Patenge
mp@jupax.de